

# Ausgewählte Beiträge zur Schweizer Politik

|              |   |
|--------------|---|
| Suchabfrage  | <b>17.04.2024</b>                                   |
| Thema        | <b>Parteien</b>                                     |
| Schlagworte  | <b>Linke und ökologische Parteien</b>               |
| Akteure      | <b>Sozialdemokratische Partei der Schweiz (SPS)</b> |
| Prozesstypen | <b>Keine Einschränkung</b>                          |
| Datum        | <b>01.01.1965 - 01.01.2022</b>                      |

# Impressum

## Herausgeber

Année Politique Suisse  
Institut für Politikwissenschaft  
Universität Bern  
Fabrikstrasse 8  
CH-3012 Bern  
[www.anneepolitique.swiss](http://www.anneepolitique.swiss)

## Beiträge von

Bernath, Magdalena  
Bühlmann, Marc  
Da Pozzo, François  
Gianola, Giada  
Gilg, Peter  
Gruner, Erich  
Müller, Eva  
Schaub, Hans-Peter

## Bevorzugte Zitierweise

Bernath, Magdalena; Bühlmann, Marc; Da Pozzo, François; Gianola, Giada; Gilg, Peter; Gruner, Erich; Müller, Eva; Schaub, Hans-Peter 2024. *Ausgewählte Beiträge zur Schweizer Politik: Parteien, Linke und ökologische Parteien, Sozialdemokratische Partei der Schweiz (SPS), 1967 - 2021*. Bern: Année Politique Suisse, Institut für Politikwissenschaft, Universität Bern. [www.anneepolitique.swiss](http://www.anneepolitique.swiss), abgerufen am 17.04.2024.

# Inhaltsverzeichnis

|   |          |
|---|----------|
| <b>Parteien, Verbände und Interessengruppen</b> | <b>1</b> |
| Parteien  | 1        |
| Grosse Parteien                                 | 1        |
| Linke und ökologische Parteien                  | 5        |

# Abkürzungsverzeichnis

---

# Parteien, Verbände und Interessengruppen

## Parteien

### Grosse Parteien

**Das Aktionsprogramm der Sozialdemokraten präsentiert sich in mancher Hinsicht als Gegenstück zum freisinnigen Wahlmanifest.** Übereinstimmung herrscht zwar in der Sicht von der Dynamik unserer Zeit. Grosse Differenzen ergeben sich dagegen in der Empfehlung der politischen Mittel. Anpassung an die Dynamik der Zeit erreicht man nach dem Aktionsprogramm nur durch «demokratische Wirtschaftsplanung». Sie erfordert eine klare Unterordnung von Gewinn- und Einzelinteressen unter ein Inventar von Gemeinschaftsaufgaben. Gesamthaft gesehen, beschränkte sich also auch die Sozialdemokratie auf eine zeitgemässe Interpretation ihrer 1959 neu formulierten Doktrin. Sie wich eindeutigen Alternativen ebenso aus wie andere Parteien.

Der Parteitag der schweizerischen Sozialdemokratie, der am 21. Mai unter der Leitung von Parteipräsident Nationalrat Fritz Grütter (sp, BE) in Zürich tagte, hiess zwar das Parteiprogramm einstimmig gut. Im übrigen bot er aber – im Gegensatz zu den Konventen der Schwesterparteien – das Bild einer belebten, ja von inneren Spannungen bewegten Partei. Der Parteivorstand geriet bei verschiedenen Abstimmungen über Sektionsanträge in Minderheit, und zwar in einem Verhältnis von 1 zu 3 oder 4 (Aufhebung der betriebsweisen Plafonierung, grundsätzliche Überprüfung der Landwirtschaftspolitik unter Berücksichtigung der Integrationsprobleme, Kampf für existenzsichernde Renten der AHV).

**Die Spannungen innerhalb der Sozialdemokratie** machten sich nicht nur am Parteitag, sondern auch **bei Wahlen bemerkbar.** Im Wallis und Tessin endeten Aktionen von dissidenten Gruppen mit Ausschlüssen.

Nicht aus der Partei, aber **aus der bernischen Grossratsfraktion ausgeschlossen wurden die beiden Grossräte Gassmann (BE, sp) und Villard (BE, sp).** Sie hatten es unterlassen, der Fraktion ihre parlamentarischen Vorstösse statutengemäss vor dem Einreichen zu unterbreiten. Ganz offensichtlich waren aber die Disziplinarfragen bei diesen Ausschlüssen nur ein Symptom für tiefer liegende Differenzen.

Im Falle Gassmann manifestierten sich die bisher immer noch notdürftig ausgeglichenen Gegensätze zwischen separatistischen und bernstreuen Anhängern innerhalb der jurassischen Sozialdemokratie, die sich bereits in den Nationalratswahlen bemerkbar gemacht hatten.

Der Fall Villard war ein weiteres Zeichen für den seit Jahren schwelenden Streit innerhalb der Bieler Sozialdemokratie, auf den wir in der letztjährigen Jahreschronik eingegangen sind. Villard ist Exponent der avantgardistischen Sektion Madretsch, die ihre Aufgabe darin sieht, gegen das «sozialistische Establishment» in Biel (repräsentiert in den Sektionen Mett, Bözingen und Stadt Biel) und darüber hinaus in Kanton und Bund zu demonstrieren. Sie ist ein Sammelbecken sozialistischer Nonkonformisten verschiedenster Färbungen, auch Anhänger kommunistischer Varianten eingeschlossen.

Der im Dezember 1967 neu gewählte Präsident der Bieler Gesamtpartei möchte versuchen, die Konflikte, soweit sie persönlich bedingt sind, zu versachlichen. Dass Sachliches und Persönliches aber nicht leicht auseinanderzuhalten sind, zeigt etwa die **fristlose Entlassung Ahmad Hubers (BE, sp)** als Mitarbeiter beim sozialdemokratischen Bundesstadtpressedienst. Ahmad, früher Albert Huber, der unter dem Pseudonym Georg Berner in der Zürcher Woche gewirkt hatte, betätigt sich nun unter dem zweiten Pseudonym Urs Schweizer bei der National-Zeitung. Die Entlassung scheint bedingt durch seine satirischen Kommentare zu einer Artikelserie, in der sich die schweizerischen Parteien vorstellten. Sie erscheinen manchem Leser freilich weniger satirisch als zynisch.

An der Jahresversammlung der Schweizerischen Vereinigung für politische Wissenschaft vom 9. März 1968 bekannte der Direktor des sozialistischen Parteiorgans Peuple-Sentinelles, René Meylan (NE, sp), der Sozialdemokrat habe zwei Seelen in seiner Brust. Seiner ideologischen Herkunft entsprechend, wolle er die sozialistische Gesellschaftsordnung verwirklichen, seiner jetzigen politischen Stellung nach aber möchte er als Angehöriger einer mitverantwortlichen Regierungspartei dem bestehenden Staate dienen. Damit ist der tiefere Grund der Spannungen innerhalb der Sozialdemokratie in lapidarer Kürze formuliert worden.

Es ist derselbe Zwiespalt, der auch die Zürcher Sozialdemokratie bei den Kantons-, National- und Ständeratswahlen in eine offene Krise führte. Der kantonale Parteisekretär Ueli Götsch, der vielen doktrinär orientierten Sozialdemokraten bestenfalls als guter Liberaler gilt, und der Volksrechtredaktor Ulrich Kägi, der in einer Artikelserie «Sozialismus heute» den Kapitalismus als die dem Industriezeitalter am besten angepasste Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung bezeichnete und damit die Anerkennung der NZZ fand, wurden im «Profil» mit einem «Ordnungsruf von links» zurechtgewiesen. Götschs These von den wechselnden Wahlbedürfnissen, welcher der Weltwocheredaktor R. Bigler seine Nomination zum sozialdemokratischen Ständeratskandidaten verdankte, rief der Gegenthese Lienhards, die Sozialdemokratie habe eine «bewusste Alternative zur bürgerlichen Politik» zu bringen. In der Westschweiz zeigte der linke Flügel der Sozialdemokratie eine gewisse Bereitschaft, den Bündnisangeboten der PdA in Genf, in der Waadt und in Neuenburg entgegenzukommen. In Neuenburg führte die Offerte einer Listenverbindung zwischen POP und Sozialdemokratie zu heftigen Diskussionen am ausserordentlichen kantonalen Parteikongress. Sie wurde aber mit 49 gegen 45 Stimmen abgelehnt.<sup>1</sup>

PARTEICHRONIK  
DATUM: 19.09.1979  
PETER GILG

Gegenüber der FDP – und der ihr nahestehenden SVP – stellte die **Sozialdemokratische Partei (SP) den Gegenpol im Spannungsfeld der politischen Hauptgruppen** dar, Ihre Kampagne richtete sich generell gegen das Bürgertum und die Privatwirtschaft, ohne allerdings eine grundlegende Umwandlung der Gesellschaftsordnung zu propagieren. Erstmals liess die SPS ihre Wahlplattform am Parteitag von Arbeitsgruppen vorbesprechen, um die Delegierten intensiver an der Diskussion zu beteiligen. Wenn 1975 das Stichwort «Sicherheit» dominiert hatte, so lag der Ton diesmal stärker auf Lebensqualität. Man visierte eine Zukunft ohne Atomenergie, forderte eine «Energieverschwendungssteuer» und skizzierte ein Konzept zur Bremsung des Agglomerationswachstums und zur Entwicklung der Randregionen. Auch die internationale Solidarität fand breiteren Raum: so wurde die Bildung eines Fonds zur Unterstützung von Arbeitskämpfen in der Dritten Welt befürwortet. Der Parteitag liess erneut starke innere Spannungen zum Ausdruck kommen. Es gelang Präsident Hubacher, eine Debatte über den Rückzug aus dem Bundesrat auf eine spätere Arbeitstagung verschieben zu lassen; deren Diskussionen endeten ohne Abstimmung, wurden aber von Hubacher als Bestätigung des bisherigen Kurses interpretiert. Die Delegierten versetzten jedoch die Parteileitung ganz knapp in Minderheit, als sie das Wahlprogramm für alle Amtsträger der SPS verbindlich erklärten. Nationalrat Gerwig (BS) quittierte diesen Beschluss mit dem Hinweis auf das Instruktionenverbot für Parlamentarier in der Bundesverfassung. Die linke Opposition versuchte zugleich, die Wahlplattform inhaltlich zu radikalisieren; Erfolg hatte sie mit dem fakultativen Referendum für Rüstungsausgaben, dem Streikrecht auch für Staatsangestellte, einer Gleichstellung der Geschlechter durch allgemeine Festsetzung des Rentenalters auf 62 Jahre sowie mit einer unbedingten Kampfansage an das kriminalpolizeiliche Informationssystem KIS. Das Aktionsprogramm erhielt dadurch stärkere Akzente im Sinne einer Liberalisierung und Demokratisierung, die der Generation von 1968 näher liegt als die früheren Verstaatlichungstendenzen, die noch in der Plattform von 1975 einen Niederschlag gefunden hatten (die Tendenz zu einer nichtstaatssozialistischen Ordnung kommt in der Plattform von 1979 im Interesse für «alternative Wirtschaftsformen» zum Ausdruck).

Ein **eigentliches Wirtschaftskonzept tritt jedoch in der Wahlerklärung von 1979 nicht in Erscheinung**. Ein solches bleibt dem neuen Parteiprogramm vorbehalten, dessen Aufstellung 1976 beschlossen worden ist. Von der Arbeit der vorbereitenden Kommissionen wurde bekannt, dass sie dem **Prinzip der Selbstverwaltung** im ganzen gesellschaftlichen Leben besonderes Gewicht einräumt. Eine Gruppe von Zürcher Ökonomen veröffentlichte im Winter 1979/80 die Grundzüge eines Konzeptentwurfs, der sich weitgehend am jugoslawischen Wirtschaftsmodell orientiert.

**Das Ausbleiben eines Wahlerfolgs fand in der Partei unterschiedliche Deutungen.** Während H. Hubacher erklärte, die SP habe überall, wo sie kämpferisch aufgetreten sei, Stimmen gewonnen, kam auch die Meinung zum Ausdruck, gerade die Verluste seien der Konfrontationspolitik zuzuschreiben. Als Problem wurden nicht nur die fortdauernden **inneren Spannungen** zwischen Jung und Alt, Intellektuellen und Arbeitern, Parteileitung und Sektionsdelegierten empfunden, sondern ebenso sehr die Mitgliederstruktur, die von einer Überalterung geprägt ist sowie von der Tatsache, dass in den jüngeren Jahrgängen oft die Intellektuellen dominieren und die Arbeiter praktisch fehlen (als Ausdruck der inneren Spannungen in der Zürcher Kantonalpartei

wurde die Streichung des eher rechtsorientierten Regierungsrates A. Bachmann von der NR-Liste gewertet). Diesen Ausfall scheint man durch **Öffnung** gegenüber Bürgerinitiativen wettmachen zu wollen. Damit wird aber sozialdemokratische Politik nach einem Ausspruch des ehemaligen Jungsozialisten P. Vollmer, der trotz seinem Aufstieg zum Vizepräsidenten der Landespartei den Kontakt mit den extremeren Gruppen nicht verlieren möchte, **zur Gratwanderung**.<sup>2</sup>

PARTEICHRONIK  
DATUM: 27.12.1982  
FRANÇOIS DA POZZO

Der Rückschlag, den die **Sozialdemokratische Partei (SP)** in der Stadt Zürich hinnehmen musste, wurde in seinem Ausmass als **«Erdrutsch» im politischen Kräfteverhältnis** bezeichnet. Der «Zerfall der Stammwählerschaft» alarmierte die höchsten Parteigremien. Der Misserfolg wurde insbesondere dem prononcierten Linkskurs der Stadtzürcher Parteiführung angelastet, was zu einer tiefen Spaltung der SP und einer eigentlichen Lähmung geführt habe. Parteipräsident Hubacher (BS) plädierte für einen dritten Weg zwischen linker und rechter Ideologie, für eine «Politik des Möglichen». Weitere Einbussen der Sozialdemokraten bei den Wahlen im Kanton Bern waren jedoch Indiz dafür, dass nicht nur die Flügelkämpfe für die Misserfolge verantwortlich gemacht werden konnten. Es scheint, dass die SP auch für eine wachsende Staatsverdrossenheit büsste, für die sie nur zum Teil verantwortlich war. Die Parteileitung arbeitete ein Schwerpunktpapier aus, das zur Überwindung der internen ideologischen Diskussion beitragen und den Kampf um konkrete politische Forderungen in den Vordergrund treten lassen sollte. Der SP-Fraktionspräsident, F. Morel (FR), rügte zwar die Parteiführung, da im Papier eine Analyse der Wahlniederlage fehle und forderte eine kompromisslosere Haltung gegenüber den Vertretern des linken Hügels. Obwohl viele Parlamentarier in der Sache ihrem Fraktionspräsidenten zuzuneigen schienen, wurden ebenfalls die von der Parteileitung formulierten politischen Schwerpunkte gebilligt.

Die am Parteitag von 1981 eingesetzte, **neue Programmrevisionskommission kam in ihrer Arbeit termingerecht voran**. Im neuen Entwurf wurde die Selbstverwaltung nicht mehr als einzige, sondern bloss als eine der Antworten zur Lösung der zukünftigen Probleme bezeichnet und gegen die notwendige, übergreifende Staatstätigkeit abgegrenzt. Die linke Kommissionsminderheit kritisierte die Vorschläge als unverbindlichen Steinbruch und wollte diese nur als Diskussionsbeitrag für eine basisdemokratische Parteivernehmlassung akzeptieren. Die Presse ihrerseits empfand die Anträge verglichen mit denjenigen der ersten, stärker alternativ orientierten Kommission als Abwendung von der Utopie, bezeichnete sie aber als Selbstbedienungsladen für alle innerparteilichen Tendenzen. Punkto Oppositionsrolle und Mitbeteiligung in Staat und Regierung gingen die entsprechenden Zielvorstellungen kaum über das Gedankengut des Winterthurer Programmes von 1959 hinaus; mit den Ideen der Selbstverwaltung trug es aber auch progressiveren Ansprüchen Rechnung. Die SP-Fraktion der Bundesversammlung stellte sich hinter den Entwurf, obwohl eine gewisse Weichheit der Linie nicht zu verkennen sei; auch der Parteivorstand stimmte den Mehrheitsanträgen deutlich zu. Obschon die Formulierung, Selbstverwaltung sei nur eine der möglichen Strategien auf einen Beschluss der Delegierten vom Vorjahr zurückging, akzeptierte der Vorstand am Parteitag 1982 die Streichung dieser ausdrücklichen Einschränkung (dabei wurde geltend gemacht, dass die Bedeutung der Selbstverwaltung im neuen Programm ohnehin relativiert worden sei). Kontroversen provozierte am Kongress in Lugano auch die ersatzlose Eliminierung des Feminismuskapitels, das freilich später in neuer Form wieder aufgenommen werden soll. Erfolg hatte andererseits ein Freiburger Antrag, der die Abschaffung des verfassungsmässigen Auftrages der Armee, für innere Ruhe und Sicherheit zu sorgen, sowie ein vollständiges Waffenausfuhrverbot forderte. Das Programm wurde schliesslich mit 85% Ja-Stimmen verabschiedet. Die Parteiführung zeigte sich vom Ergebnis befriedigt, da es gelungen sei, das parteipolitische Zentrum zu stärken.

In **Basel ging allerdings der innerparteiliche Spaltungsprozess weiter** und führte schliesslich zu einer Neugründung. Ein Parteischiedsgericht betrachtete zwar die Aktionsgemeinschaft Sozialdemokraten und Gewerkschaften (ASG) als zulässig, da sie nicht als eigentliches Parteiorgan aufträte, folgte jedoch der Argumentation der klagenden Geschäftsleitung, dass die ASG Parteibeschlüsse nicht öffentlich bekämpfen dürfe. Nachdem es aber zu Ausschlüssen unbotmässiger Kantonsparlamentarier gekommen war, schritten die Rechtsdissidenten zur Gründung der **Demokratisch-Sozialen Partei Basel-Stadt (DSP)**, die sich als Erbin und Sachwalterin der traditionellen sozialdemokratischen Politik versteht. Um ihre Übereinstimmung mit den Baslern zum Ausdruck zu bringen, machten sich auch die Freien Gewerkschafter und Sozialdemokraten in Uster (ZH) diese Namensbezeichnung zu eigen. In der Zürcher Stadtpartei hingegen hatte der Wahlmisserfolg weder organisatorische noch personelle

Konsequenzen. Die Partei rügte sowohl das Verhalten der rechtsoppositionellen Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft als auch jene Sektion, die in den Gemeinderatswahlen mit der äussersten Linken eine Listenverbindung eingegangen war. Die Delegiertenversammlung bestätigte die Parteiführung und lehnte einen Antrag ab, der eine Entwicklung wie in Basel provozieren wollte. Die Diskussion um den Kurs der Stadtpartei wurde im Herbst nochmals angefasst. Anlass war die Erklärung des SP-Regierungsrates, A. Bachmann, wegen Divergenzen mit der Partei auf eine erneute Kandidatur zu verzichten. Parteipräsident Hubacher reagierte in energischem Ton auf die Vorwürfe, die sich namentlich auf die Militär- und Energiepolitik und auf die Informationsreise einer SPS-Delegation in die DDR bezogen.

**Am 1. Mai fusionierte die SP Oberwallis mit der aus der 68er-Bewegung hervorgegangenen Alternativgruppierung «Kritisches Oberwallis» zur Sozialistischen Partei Oberwallis.** Der neuen Partei wurde nach langen Verhandlungen der faktische Status einer Kantonspartei zugestanden. Mit der SP Unterwallis zusammen besteht als gemeinsames Organ ein – allerdings praktisch kompetenzloses – kantonales Komitee.

Die **SPS protestierte zwar gegen die Frauenfelder Wehrschau**; andererseits nahm aber Parteipräsident Hubacher ebenfalls wiederholt und nicht zuletzt am Parteitag selber **klar Stellung gegen die Absicht der Jungsozialisten, eine Initiative zur Abschaffung der Armee zu lancieren.** Er begründete die Forderung nach einem Rüstungsreferendum gerade mit der grundsätzlich positiven Einstellung der Sozialdemokraten zur Landesverteidigung. Die Vorbereitungen für die Einreichung des entsprechenden Volksbegehrens will die SP nun alleine zu Ende führen; gut ein Viertel der notwendigen Unterschriften war bereits von der militärpolitisch radikaleren SAP gesammelt worden. Umgekehrt beschlossen die Jungsozialisten, ihre auch in den eigenen Reihen umstrittene Initiative von einem überparteilichen Komitee aus zu lancieren; zu dessen Konstituierung kam es jedoch vorläufig nicht. An ihrer Generalversammlung verabschiedeten die Jungsozialisten im weiteren 21 Thesen zur Jugendpolitik, in denen sie unter anderem die Legalisierung des Eigenkonsums von Cannabis-Produkten, die freie Wahl zwischen zivilem Ersatzdienst im Inland und Dritte-Welt-Einsatz sowie die Einrichtung von «Politotheken» als Infrastruktur für politische Basisaktivitäten forderten.<sup>3</sup>

PARTEICHRONIK  
DATUM: 07.12.1995  
EVA MÜLLER

Nur **moderate bürgerliche Reaktionen** gab es zur Aufnahme der drei PdA-Vertreter (inkl. Linksallianz) in die SP-Fraktion und damit zum **kommunistischen Zuzug** zur SP. Nur vereinzelt war von der Wiederbelebung der alten Volksfront die Rede. Die Fraktionskooperation zwischen den beiden Parteien, die sich auf Bundesebene jahrzehntelang voneinander distanziert hatten, **wurde probeweise für ein Jahr beschlossen.**<sup>4</sup>

PARTEICHRONIK  
DATUM: 19.11.2016  
MARC BÜHLMANN

Am 19. November 2016 bestimmte die SP-Fraktion mit der **Nominierung der zweiten Nationalrats-Vizepräsidentin** im Prinzip die zukünftige Nationalratspräsidentin. Die Parteien besetzen dieses Amt im Turnus und die Regel will, dass die Positionen jährlich weitergegeben werden: Die erste Vizepräsidentin oder der erste Vizepräsident steigt zur Präsidentin oder zum Präsidenten auf und die zweite Vizepräsidentschaft nimmt neu die Position im ersten Vizepräsidium ein. Somit ist die Wahl ins zweite Vizepräsidium durch die Fraktionen praktisch Voraussetzung für eine spätere Nationalratspräsidentschaft. Für die SP, die 2018/2019 die Spitzenposition im Nationalrat besetzen wird, war klar, dass dieses Amt wieder durch eine Frau besetzt werden soll. In der Geschichte der Schweiz standen der grossen Kammer bisher zwölf Frauen als Präsidentin vor. Nach Pascale Bruderer (AG) im Jahr 2009/2010 und Stéphane Rossini 2014/2015 sollte wieder eine Genossin an der Reihe sein und die 13. Frau Nationalratspräsidentin werden. Im Vorfeld kursierten drei Namen: Chantal Galladé (ZH), Edith Graf-Litscher (TG) und Marina Carobbio Guscetti (TI). Im zweiten Wahlgang setzte sich Carobbio Guscetti mit 28 zu 21 Stimmen knapp vor Chantal Galladé durch. Dass die Wahl auf eine Tessinerin fiel, sei ein Zeichen für den nationalen Zusammenhalt, gab die Gekürte zu Protokoll. In der Presse wurde die Wahl allerdings mit einiger Überraschung kommentiert, da in der SP bereits die beiden Präsidien von Partei (Christian Levrat, FR) und Fraktion (Roger Nordmann, VD) durch Personen aus der lateinischsprachigen Schweiz besetzt seien.<sup>5</sup>



**PARTEICHRONIK**  
DATUM: 20.08.2021  
HANS-PETER SCHAUB

Anlässlich der Suche der FDP nach einer Nachfolge für Parteipräsidentin Petra Gössi fragte die Aargauer Zeitung im August 2021 die sechs grössten Parteien der Schweiz nach der **finanziellen Entschädigung für die Parteipräsiden**.

Ausser der SVP erhielt die Zeitung von allen Parteien Zahlen. Am wenigsten grosszügig war demnach die **GLP**: Ihr Präsident Jürg Grossen (glp, BE) erhielt den eher symbolischen Fixbetrag von CHF 2'500 pro Jahr und keine zusätzliche Spesenentschädigung. Gegenüber der Aargauer Zeitung gab Grossen an, die Finanzen der GLP liessen keine höhere Entschädigung zu und sein Lohn seien das Wachstum und die Sitzgewinne der Partei. Grossens Amtskollege Balthasar Glättli (gp, ZH) von den **Grünen** wurde mit CHF 28'000 pro Jahr entschädigt (CHF 16'480 Lohn und CHF 11'520 Spesen). Petra Gössis (fdp, SZ) Lohn bei der **FDP** betrug CHF 50'000 zuzüglich einer Spesenentschädigung in nicht genannter Höhe. Die **SP** liess sich ihr Präsidium insgesamt CHF 80'000 pro Jahr kosten, wobei auf Co-Präsidentin Mattea Meyer (sp, ZH) und Co-Präsident Cédric Wermuth (sp, AG) je CHF 35'000 Lohn und CHF 5'000 Spesen entfielen. Am grosszügigsten war schliesslich die **Mitte**: Ihr Präsident Gerhard Pfister (mitte, ZG) wurde von seiner Partei mit rund CHF 100'000 pro Jahr entschädigt; dieser Betrag setzte sich zusammen aus einer Grundentschädigung, einer Spesenvergütung und Sitzungsgeldern. Die Mitte war damit die einzige Partei, welche Sitzungsgelder ausrichtete. Mitte-Generalsekretärin Gianna Luzio erklärte gegenüber der Aargauer Zeitung, die Mitte gehe für ihr Präsidium von einem 60-Prozent-Job aus, und die Entschädigung für Pfisters Vorgänger Christophe Darbellay (cvp, VS) bei der damaligen CVP habe sich in einem ähnlichen Bereich bewegt.

Von der **SVP** erhielt die Zeitung bloss die Auskunft, dass Parteipräsident Marco Chiesa (svp, TI) keinen Lohn, aber eine Spesenentschädigung bekomme; deren Höhe nannte die SVP nicht. Laut der Aargauer Zeitung wird in der SVP allerdings gemunkelt, diese Spesenentschädigung sei so hoch angesetzt worden, dass sie für mehr als nur die Spesen reiche. Die Entschädigung ihres Präsidiums hatte bei der SVP – wie auch schon bei anderen Parteien – für Diskussionen gesorgt, als sie Kandidaturen für die Nachfolge von Albert Rösti suchte und schliesslich Chiesa fand.<sup>6</sup>

### Linke und ökologische Parteien

**GESELLSCHAFTLICHE DEBATTE**  
DATUM: 21.11.1981  
PETER GILG

Die **Progressiven Organisationen** (POCH) entfernten sich weiter von ihrer ehemals proklamierten Politik der Bildung eines Poles links der **SP**. Mehrere Exponenten vertraten ein Konzept der Multipolarität der revolutionären Kräfte, was dem tatsächlichen Veränderungspotential besser entspreche. Den ehemaligen Bündnispartner PdA erzürnte die POCH durch ihr Vorgehen mit einer neuen AHV-Initiative, wobei das Vorgehen auch in den eigenen Reihen nicht unumstritten war. Als 68er Partei eröffnete sie, nicht zuletzt als Folge der Jugendunruhen, eine neue «Generaldebatte» über ihren programmatischen Kurs. Die Tendenz scheint weg vom Selbstverständnis als Teil der kommunistischen Weltbewegung und zurück zu den Ideen von 1968 zu weisen. (Siehe auch: POCH-Kongress von 1978 und die äusserste Linke in 1980)<sup>7</sup>

**PARTEICHRONIK**  
DATUM: 19.06.2004  
MAGDALENA BERNATH

Im Juni beschlossen die Parteispitzen von **GP und SP**, ihre **Zusammenarbeit zu institutionalisieren** und sich viermal jährlich während der Sessionen zu treffen, um gemeinsame Anliegen zu diskutieren. Die Vereinbarung war auf Wunsch der Grünen zustande gekommen, die sich trotz ihres Wahlsieges in den eidgenössischen Wahlen vom Vorjahr im politischen Diskurs von der SP nicht als gleichwertiger Partner anerkannt fühlten.<sup>8</sup>

**PARTEICHRONIK**  
DATUM: 20.10.2019  
GIADA GIANOLA

**Die SP musste bei den Nationalratswahlen 2019 eine Niederlage einstecken** und erreichte – gemäss verschiedenen Zeitungen – die tiefste Parteistärke auf nationaler Ebene seit Einführung des Proporzwahlrechts 1919. Die Partei verzeichnete in den Nationalratswahlen 2019 einen Stimmenanteil von 16.8 Prozent. In der Tat war dies das schlechteste Ergebnis der Partei seit 1919. Seit 2007 erreichten die Sozialdemokraten stets eine Parteistärke von ca. 18/19 Prozent. Die SP verlor im Vergleich zu 2015 zwei Prozentpunkte und vier Sitze (neu: 39 Sitze), blieb aber trotzdem die zweitstärkste Partei im Nationalrat nach der SVP.

Parteipräsident Christian Levrat (sp, FR) zeigte sich nicht zufrieden über das Resultat – wie er gegenüber der Presse betonte. Er erklärte den Rückgang damit, dass die SP einen Teil ihrer Wähler und Wählerinnen an die Grünen verloren habe. Weil diese Personen ein starkes Signal für die Umwelt hätten setzen wollen, hätten sie trotz ähnlicher Positionen die Grünen statt der SP gewählt, da die Grünen das «grün» bereits im

Namen hätten. Die SP sei somit von der Grünen Welle überrollt worden. Diese Begründung teilte auch Priska Seiler Graf (sp, ZH) – Co-Präsidentin der SP Zürich. Daniel Jositsch (sp, ZH) hingegen führte die Verluste auf die Vernachlässigung sozialliberaler Positionen und die Aufgabe der Rolle als europapolitische Partei zurück. Juso-Parteipräsidentin Ronja Jansen (BL, sp) äusserte schliesslich in der Presse fundamentale Kritik an der Parteiposition und unterstrich, dass die SP zu stark in die Mitte gerückt sei und die Menschen mit einer «lauwarmen Politik der Kompromisse» nicht begeistern könne.

Als Reaktion auf die Niederlage berichteten die Medien über einen möglichen Rücktritt von Parteipräsident Levrat und spekulierten, dass dieser sein Amt im April 2020 – nach 12 Jahren – wohl abgeben werde. Levrat kommentierte diese Gerüchte über seinen Rücktritt in einem Interview im SonntagsBlick und betonte nur, dass die Partei diese Frage ohne Zeitdruck diskutieren werde.<sup>9</sup>

PARTEICHRONIK  
DATUM: 20.10.2019  
GIADA GIANOLA

**Die SP verlor bei den Ständeratswahlen 2019 insgesamt drei Mandate (neu: 9 Sitze),** wobei vier Verluste an die Grünen gingen. Im Kanton Waadt zum Beispiel gelang es Ada Marra nicht, den SP-Sitz der abgetretenen Géraldine Savary im zweiten Wahlgang zu retten. Gewählt wurde stattdessen die Grüne Adèle Thorens Goumaz.

Einen grossen Sieg feierte die SP hingegen im Tessin: Erstmals wurde im Kanton Tessin mit Marina Carobbio Guscetti eine sozialdemokratische Frau in den Ständerat gewählt. Sie lag mit 36'469 Stimmen genau 45 Stimmen vor dem bisherigen CVP-Ständerat Filippo Lombardi, der seine angestrebte Wahl für eine sechste Legislatur damit äusserst knapp verpasst hatte. Angesichts des knappen Vorsprungs von Marina Carobbio reichte ein Tessiner Anwalt Rekurse beim kantonalen Verwaltungsgericht sowie beim Bundesgericht ein. Diese wurden aber abgelehnt und die Abwahl von Lombardi wurde bestätigt.<sup>10</sup>

PARTEICHRONIK  
DATUM: 12.11.2019  
GIADA GIANOLA

Nach den Gerüchten über seinen möglichen Abgang in Folge der schlechten Wahlresultate bei den Nationalratswahlen 2019 bestätigte **Christian Levrat** am 12. November 2019 in den Medien offiziell seinen **Rücktritt als SP-Parteipräsident**. Schon Anfangs November hatte Jacqueline Fehr (sp, ZH) – mit klaren Worten – Levrats Abgang gefordert; eine Forderung, die zum Beispiel auch die Zürcher SP-Co-Präsidentin Priska Seiler Graf geteilt hatte.

Christian Levrat kommunizierte seinen Entscheid in zwei Interviews mit dem Blick und La Liberté, wobei er auch klarstellte, dass sein Abgang schon im Frühling 2019 beschlossen worden war. Der auf November 2020 geplante Parteitag werde auf April 2020 vorgezogen, damit das neue Präsidium genug Zeit habe, um die nächsten Wahlen vorzubereiten. Somit stehe sein Rücktritt nicht mit den Ergebnissen der Nationalratswahlen 2019 und den lauten Abtrittsforderungen seitens anderer Parteimitglieder in Zusammenhang.

Die Presse blickte auf die Erfolge und Misserfolge des Parteipräsidenten zurück: Obwohl Levrat die Verluste der SP in puncto Stimmenanteile nicht habe verhindern können, sei es ihm gelungen – so die NZZ – «die Strömungen innerhalb der traditionell streitlustigen Partei relativ erfolgreich zu vereinen» und im Ständerat auch Allianzen über die Parteigrenzen hinweg einzufädeln.

Mit dem Rücktritt von Levrat starteten die Medien ihre Spekulationen zu seiner Nachfolgerin oder seinem Nachfolger. Im Rennen um das Präsidium hätten gemäss NZZ bereits folgende Personen ihr Interesse geäussert: Flavia Wasserfallen (sp, BE), Barbara Gysi (sp, SG), Mattea Meyer (sp, ZH), Min Li Marti (sp, ZH) und Cédric Wermuth (sp, AG). Der Tages-Anzeiger betonte überdies, dass die Wahl des Präsidiums für zahlreiche Parteimitglieder nicht nur eine neue Person an der Spitze der SP, sondern auch eine neue Aufstellung der Partei – sowohl organisatorisch als auch inhaltlich – bedeute: Einige Parteimitglieder wünschten sich eine «Feminisierung» der Partei, andere einen Wahlkampf mit klarerem Programm und klarerer Richtung, wieder andere eine Person mit strategisch-führungsmässigen Qualitäten. Wer das Präsidium übernimmt und wie die neue Strategie aussehen soll, wird im April 2020 entschieden.<sup>11</sup>

Bei den **Bundesratswahlen 2019 bestätigte die SP ihre zwei Sitze**: Bundesrätin Simonetta Sommaruga wurde mit 192 Stimmen von der Vereinigten Bundesversammlung wiedergewählt, Alain Berset gar mit 214 Stimmen.

Im Vorfeld der Wahlen war Simonetta Sommaruga von einigen SVP-Mitgliedern attackiert und ihr Bundesratsitz in Frage gestellt worden. So kritisierten etwa die Nationalräte Andreas Glarner (svp, AG) und Mike Egger (svp, SG) ihre Arbeitsweise im Asylwesen und unterstützten ihre Abwahl, um den Grünen den Zugang zum Bundesrat zu ermöglichen.<sup>12</sup>

1) Emil H. Walter, «Ansätze zu einem „neuen Start“ der Sozialdemokratie», in Profil, 1967, S. 169 ff.; Profil, 1967, S. 221 ff.; R. Lienhard, «Antwort an einen Kritiker», in Profil, 1967, S. 264 ff.; R. Lienhard, «Der Fall Bigler war kein Zufall», in Profil, 1967, S. 321 ff.; R. Lienhard, «Die Auffassung Kägis, der Kapitalismus habe sich als die bessere wirtschaftliche Ordnungsmacht erwiesen, grenzt an politische Schizophrenie», in Profil, 1967, S. 225.; Vr, 3.-11.1.67; NZZ, 29.1., 30.1., 22.5., 24.4.67 und 7.2.68; Zürcher Woche, 3.2.67; TdG, 15.3.67; Tw, 22.5., 7.11.67; PS, 26.5., 27.5., 30.5., 19.6. und 23.6.67; NZ, 30.9., 7.11., 14.11. und 7.1.68; GdL, 27.11.67.

2) Die sozialdemokratische Plattform 1975, S. 5; NZZ, 25.6.79 und 17.9.79; TW, 25.6.79; TA, 21.5.79 und 17.9.79; Bund, 7.4.79; Vr, 21.5.79; BaZ, 20.8., 27.10. und 4.12.79.; Paul Ignaz Vogel, Das Blümlein, das ich meine, in Profil, 1979, S. 312 ff.; Paul Ignaz Vogel, Mit revolutionären Phrasen kommen wir nirgends hin, in Profil, 1979, S. 129 ff.; Richard Lienhard, Grundlagen für ein neues SPS-Wirtschaftskonzept, Teil 1, in Profil, 1979, S. 345 ff.; Richard Lienhard, Grundlagen für ein neues SPS-Wirtschaftskonzept, Teil 2, in Profil, 1980, S. 12 ff.; Rudolf H. Strahm, Arbeiter und Linksinstrukturelle in der SPS, in Profil, 1979, S. 305 ff.; SP-Information, 8.3.79, S. 368.; SPS (1979). Politische Erklärung der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz 1979-1983.; U. Haldimann, Sozialismus in der Schweiz, Basel 1979, S. 57 ff.; Urs Engler, Die zentrifugalen Kräfte bremsen, in Profil, 1979, S. 342 ff.

3) Presse vom 18.5.82, 21.6.82, 11.8.82, 14.8.82, 1.9.82, 12.11.82, 13.11.82 und 15.11.82; BaZ, 11.2.82, 9.3.82, 20.3.82, 30.4.82, 3.5.82, 17.5.82, 24.5.82, 29.5.82, 1.6.82, 19.6.82, 1.7.82, 6.7.82 und 27.12.82; TA, 27.2.82, 9.3.82, 11.3.82, 5.5.82, 18.5.82, 2.6.82, 19.6.82, 2.10.82, 19.11.82 und 20.11.82; NZZ, 27.2.82, 15.3.82, 15.5.82, 4.6.82, 1.7.82, 14.7.82, 21.8.82, 4.9.82, 7.9.82, 21.9.82, 23.9.82, 6.10.82 und 11.10.82; Vr, 2.2.82, 15.4.82, 13.5.82, 4.6.82, 8.7.82 und 25.8.82; Suisse, 28.3.82, 7.5.82 und 29.5.82; SP-Information, 18.1.82, 30.8.82, 17.5.82, 5.7.82, 13.9.82, 27.9.82 und 22.11.82; Woche, 2.3.82 und 12.3.82; LNN, 13.3.82 und 24.5.82; Blick, 17.3.82; Ww, 24.2.82 und 10.11.82; TW, 10.8.82; SGB-Pressedienst, 12.8.82; Aktionsgemeinschaft Sozialdemokraten und Gewerkschaften, Informations-Bulletin, 15.2.82 und 25.3.82; Lib., 1.4.82, 19.4.82 und 3.5.82; TLM, 25.4.82.; Rote Revue/Profil, 61/1982, Nr. 4 und 10-12.; SPS (07/1982). Programmentwurf 1982 und Text der Kommissionsminderheit zur Programmrevision.

4) NZZ und TA, 7.12.95; AT, 14.12. und 20.12.95

5) So-Bli, 2.10.16; NZZ, TA, TG, 19.11.16

6) AZ, 20.8.21

7) TA, 152, 4.7.81; NZZ, 203, 3.9.81; BaZ, 273, 21.11.81; Positionen, Nr. 35 und 36/37, Juni und November 1981.

8) BZ, 19.3.04; TA, 17.6.04; NZZ, 19.6.04.

9) BFS (2019). Nationalratswahlen: Mandatsverteilung nach Parteien; BFS (2019). Nationalratswahlen: Stärke der Parteien; BaZ, NZZ, TA, 21.10.19; BaZ, NZZ, 22.10.19; Blick, TA, 23.10.19; AZ, Exp, TA, 24.10.19; NZZ, 25.10.19; So-Bli, 27.10.19

10) BFS (2019) Ständeratswahlen Mandatsverteilung nach Parteien; BaZ, 21.10.19; Blick, 11.11.19; AZ, 18.11., 25.11.19

11) NZZ, 5.11.19; TA, 6.11.19; SoZ, 10.11.19; AZ, 11.11.19; Blick, Lib, 12.11.19; AZ, Cdt, LT, NZZ, TA, TG, 13.11.19

12) AB NR, 2019, S. 2476 ff.; SoZ, 17.11.19